

Abschrift.

Ministerium für Volksbildung Dresden-N 6, den 17. Mai 1935.

An den
Herrn Rektor der Universität
Leipzig.

In einer am Mittwoch Nachmittags stattgefundenen Fakultätssitzung in der Philosophischen Fakultät soll folgendes geschehen sein: Professor v.d. Waerden soll offen gegen die Massnahmen des Herrn Reichsstatthalters protestiert haben. Er habe darauf hingewiesen, dass Nach Kriegsteilnehmer sei und das Gesetz ausdrücklich bestimmt, dass Kriegsteilnehmer nicht arischer Herkunft von der Amtsenthebung auszuschliessen seien. Es läge also ein Missbrauch eines Gesetzes vor, und er selbst müsse sich schämen, dass ein Mann, der für ihn geblutet habe, jetzt so behandelt worden sei. Er beantrage, dass die Fakultät eine einstimmige Eingabe machen solle, die sich gegen den Entschluss wenden soll.

Es soll niemand dagegen protestiert haben, nur Professor Golf habe sich den Ton verboten und darauf hingewiesen, dass derartige Beschimpfungen an einer deutschen Hochschule nicht üblich seien. Professor Rind habe die Aktion des Herrn Reichsstatthalters wohl auch nicht gerade gebilligt.

Der kommissarische Leiter des Ministeriums ersucht um eingehenden Bericht.

Der kommissarische Leiter des Ministeriums für Volksbildung.

In Vertretung: (gez.) G e y e r .

----- Leipzig, den 20. V. 35.
Abschriftlich Herrn Dekan B e r v e
in Leipzig

mit der Bitte um ungehende Erstattung eines Berichts (in doppelter Ausfertigung).

gez. Krueger
Rektor.

Pers. Levi

Dubnow
L. Dubnow
Institut

den ebenfalls die Lehrbefugnis entzogen wurde. Ich wurde in Gegenwart des Justizars, des Grafen Bentzen, aufgefordert, die von der Massnahme betroffenen Dozenten zu charakterisieren, ihre ev. Meeresdienste, wozu ich anregte, ihre Beziehungen zum Ausland darzustellen, und die Auswirkungen zu schildern ihrer Entlassung. Ich tat das so gut ich konnte. Ich verwies auf die Bedeutung und Haltung der Professoren. Ich hervor, dass H. Landsberger in Kreisen seines Fachs als 1. Rangem angesehen wurde. Dass er Beziehungen namentlich zu England unterhalte. Levin habe nach Lehrern eine Berufung gehabt. Nach, den ich seit seiner Habilitation in Leipzig keine, habe neben einem einjährigen Urlaub für eine Gastprofessur in Amerika erhalten. Weigert habe ein schweres Gehörleiden. Habe während des Krieges an kriegswissenschaftlichen Untersuchungen teilgenommen.

Was die Auswirkungen in Leipzig angehe, so sei bis auf weiteres eine gewisse Unruhe unter den Schülern der betreffenden entstanden, die ich natürlich noch näher schilderte. Auch unter den Dozenten. Vorwiegend, weil die Entlassungen auf Grund von 5 erfolgten. Mehrere Dozenten hätten mich endlich gefragt, ob dieser nicht auch gegen ihr eigenes Fach angewandt werden könne. Ob die Fak., die für die Vollständigkeit des Unterrichts verantwortlich sei, befragt worden sei. Die meisten der fragenden Kollegen hätten der Meinung Ausdruck gegeben, dass 6 nicht auf Kriegsteilnehmer Anwendung finden könne. Die Meinung der Juristen sei gemessen, dass eine Unstimmigkeit zwischen diesen Massnahmen bestehe und dem Rechte des Rektors, der allein zu verpflichten habe. Auch seien im Falle Landsberger Vorrechte für die sofortige Wiederbesetzung zu machen. Aber ein noch 6 sagfälliger Lehrstuhl könne nicht wiederbesetzt werden. Das sei ein Widerspruch. Die Hn. in Berlin belehrten mich aber, dass das kein unüberwindliches Rechtsbedenken sei. In zahlreichen anderen Fällen habe man ähnlich verfahren gegen nicht-ariene Professoren. Man habe dem Lehrstuhl einige Monate später doch wiederbesetzt. Die Professur muss dann nur noch einmal in den Etat eingesetzt werden. Es hat sich dann herausgestellt, dass sie doch unentbehrlich ist.

Der Rektor habe seine Darlegungen dahin zusammengefasst: Ich meinerseits übersehe die Rechtslage nicht klar genug, um den Antragern entgegenzutreten zu können. Daher bitte ich um volle Klärung der Rechtslage.

bekan: Ich werde morgen in Bresden sein und fühle mich verpflichtet, in die. Darauf hinzuweisen, dass die Fak. gar nicht vorher gefragt oder ins Benehmen gezogen worden ist. Er habe auch Zuschriften von ausländischen Studenten erhalten.

V.d. Noorden: Kann der Rektor nichts über die Natur der dienstlichen Gründe mitteilen, die vorliegen?

Rektor: Das kann ich nicht. In Berlin musste man nicht einmal die Namen der Herren.

V.d. Noorden: Und in Bresden? Es liegt doch der Verdacht sehr nahe, dass es sich gegen die Juden richtet und nicht um dienstliche Gründe handelt.

Bekan: Die Entlassungen erfolgten "im Interesse des Dienstes". Dem weiter nachzugehen, ist nicht unsere Aufgabe.

Weissenberg: Diese Massnahme hat bei vielen von uns Bestürzung hervorgerufen, weil sie das Gefühl hatten, dass sie dem Sinne des Gesetzes nicht gerecht werde. Dieser ist: Frontkämpfer gehören mit zur Volksgemeinschaft! Es ist unsere Kameradschaftliche Pflicht, ihnen in jeder Weise zu helfen, zumal sich schon ihre Schüler für sie eingesetzt haben. Es ist nötig, dass die Fak. ausspricht, dass es sich hier um Menschen handelt, die ihr Leben für uns eingesetzt haben.

Golf: Das sind Sorgen, die uns mit Recht bewegen. Bitte aber die Diskussion nicht weiter fortzusetzen und einstweilen keine Fragen mehr zu stellen. Der Bericht ist jetzt nach Dresden. Die Antwort wird kommen. Auch der Bekan führt morgen nach Dresden. Eine weitere Aussprache ist daher heute überflüssig. Ich hoffe, dass die weitere Antwort uns dann mitgeteilt wird.

Bund: Ich glaube ich kann es nicht unterlassen auch der Stimmung einer Reihe von Kollegen Ausdruck zu geben. Wenn diese Annahmen doch eine Tatsache würden, so würde das bedeuten, dass der Sinn der Ausnahme des Beamtengesetzes, dass Männer, die an der Front gekämpft haben, nicht ausgestossen werden können, dadurch verletzt würde. Und das würde für uns eine schwere Enttäuschung an der Regierung bedeuten. Viele von uns, die nicht an der Front waren, auch ich selbst, müssten sich dann vor diesen Männern schämen.

v.d. Noorden: Es wäre zweckmässig, wenn ein einstimmiges Urteil über die Rechte der Frontkämpfer und über den Sinn des Beamtengesetzes zustande käme, der offensichtlich hier missachtet wird.

Bekan: Ich darf bemerken, dass ich diese Diskussion nur zulasse, damit ich in Dresden über die Stimmung im Fakultätsausschuss berichten kann.

Golf: Ich fühle mich mit dem, was der H. Rektor mitgeteilt hat, zufriedengestellt. Ich möchte aber (mit erhobener Stimme) Hn. v.d. Noorden raten, vorsichtiger zu sein. Er hat gesagt: es werde ein des Beamtengesetzes missachtet. Er hat offenbar nicht daran gedacht, dass er damit sagte, dass der Reichstath. ein Gesetz missachtet habe. Wir kennen seine Gründe nicht und können nicht dar über urteilen. Also, bitte, seien Sie vorsichtiger in Ihren Aussagen.

v.d. Noorden: (ruft halblaut über'n Tisch Golf zu:) Ich danke!

Golf: (über'n Tisch, laut:) Die Sache ist damit erledigt!

Schweitzer: Wir sind über die formaljuristische Grundlage der Angelegenheit teils unterrichtet worden, teils ist völlige Klarung in Aussicht gestellt worden, die Angelegenheit hat aber auch noch eine Seite der Militärität. Bei den nichtbeamteten Soldaten kommt die Entscheidung der Vorgesetzten einer fristlosen Entlassung gleich. Das ist nach dem Gebraucherecht nur möglich, wenn ein Disziplinarfall vorliegt. Vielleicht ist es in Dresden möglich festzustellen, inwiefern hier eine fristlose Entlassung berechtigt ist. Selbst der jüngste Assistent ist gegen eine solche Entlassung geschützt.

